

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelnnummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 8 Mark pro Monat.

Erscheinet täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechshelbige Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 2. Juni 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Krankenbehandlung und Beschwerdewesen in Plözensee.

Alles in schönster Ordnung! — das war die freilich allen Thatfachen ausweichende Lösung des Vertreters des Reichsjustizamts, als jüngst schwerste Mißstände im Strafvollzug vor den Reichstag gebracht wurden. Und wenn irgendwie doch etwas, wie es unter Menschen vorkommen kann, nicht in der Ordnung ist, so ist durch ein gut funktionierendes Beschwerdewesen dafür gesorgt, daß auch der Gefangene sein Recht findet. Die folgenden Aktenstücke können allen objektiv Urteilsenden, außer dem freisinnigen Dr. Mugdan, einbringlich zeigen, wie es in Wahrheit um das Beschwerdewesen und wie es zugleich um die Krankenbehandlung in Gefängnissen bestellt ist. Die Akten reden:

Plözensee, den 28. April 1901.
Beschwerdeschrift.

Nachdem ich mich schon einige Tage unwohl gefühlt hatte, wurde ich am 12. März d. J., vormittags, von solchem Uebelsein und Schwäche befallen, daß es mir kaum möglich war, mich auf den Beinen zu halten. Ich bat den zur Zeit diensthabenden Beamten, Herrn Kuffeher Steffen, mich nach dem Lazarett überführen zu wollen. Auf die barsche Erwiderung des Vorgenannten, daß er keine Zeit dazu habe, begab ich mich wieder auf meinen Arbeitsplatz. Als ich nun von Schmerzen geplagt mich auf den Tisch lehnte und den Kopf auf beide Hände stützte, kam plötzlich der Herr Kuffeher zu mir und forderte mich auf, ihm zu folgen.

Statt nach dem Lazarett, wurde ich zu dem Herrn Oberaufseher Werdermann geführt, und auf dessen Befehl — trotzdem ich auch dort gebeten hatte, nach dem Lazarett überführt zu werden — nach der Arrestkammer gebracht, von wo ich erst am andern Morgen, ohne einem Oberbeamten vorgeführt zu sein, wieder nach dem Arbeitsplatz geholt wurde.

Rum erst wurde ich auf meine abermalige Bitte nach dem Lazarett geführt, wo der Herr Sanitätsrat Dr. Pfeifer eine heftige Lungenentzündung feststellte. Fünf Wochen habe ich sodann im Lazarett zubringen müssen und habe ich an den Folgen der Krankheit noch jetzt zu leiden.

Wie nun der zwanzigstündige Aufenthalt in der ungeheizten, eisernen Kellergasse auf meinen Zustand eingewirkt hat, überlasse ich der Beurteilung kompetenter Personen. Ich bitte den Herrn Oberstaatsanwalt, diese Angaben prüfen und die Zeugen vernehmen zu lassen.

Hochachtungsvoll
S. Frenzel.

An den Herrn Oberstaatsanwalt beim königlichen Kammergericht zu Berlin.

Ad acta!

Frenzel soll sich mit seiner Beschwerde an die hiesige Verwaltung wenden. Er ist über den Instanzenweg belehrt.
Plözensee, den 1. 5. 01.

gez. Freiherr von Malzkahn, Polizei-Inspektor.

Pl. 8. 5. 01. Persönliche Vormeldung.

Frenzel beschwert sich über den Aufseher Steffen. (Siehe Beschwerdeschrift vom 28. 4. cr. in den Akten.)
Herrn Inspektionsgehilfen Willau zur Vernehmung des Aufsehers Steffen und der angegebenen Zeugen, ferner des Oberaufsehers Werdermann.

gez. Freiherr von Malzkahn, Polizei-Inspektor.

Verhandelt, Plözensee, den 4. Mai 1901.

Der Aufseher Steffen erklärt:

Ich war am Morgen des 12. März cr. zur Vertretung des Aufsehers Zöllner in der Reumännischen Parade. Der p. Frenzel war an dem betr. Morgen schon zum Arzt vorgeführt worden und kam in die Parade zurück. Da ich kurz darauf bemerkte, daß er nicht arbeitete, fragte ich ihn, warum er das nicht thäte, worauf er mir antwortete, daß er krank sei. Ich sagte ihm, daß er ja soeben vom Arzt käme. Wie er nun nicht weiter arbeiten wollte, führte ich ihn zum Oberaufseher Werdermann, welcher bestimmte, daß Frenzel vorläufig isoliert werden sollte, bis zur weiteren Entscheidung. Da Frenzel eben erst vom Arzt kam, nahm ich an, daß er nicht krank sein könne. Auch hat er mich nicht aufgefordert, ihn zum Arzt zu führen.

S. g. u.
gez. Steffen, Aufseher.

Oberaufseher Werdermann erklärt:

Der p. Frenzel wurde mir am 12. März vom Aufseher Steffen vorgeführt, mit der Angabe, daß derselbe nicht arbeiten wolle. Da mir Steffen mitteilte, daß der Mann beim Arzt gewesen sei, ohne daß er sofort ins Lazarett aufgenommen wurde, ordnete ich an, daß er solange isoliert wurde, bis er vom Lazarett aus abgeholt würde, was freilich von dort aus beantragt wird, wenn ein Mann aufgenommen wird. Von der Isolierung des Frenzel habe ich dem Herrn Polizeiinspektor von Malzkahn vorchriftsmäßig Mitteilung gemacht.

Bemerkten will ich noch, daß Frenzel mich nicht aufgefordert hat, wie er in der Beschwerdeschrift angeht, ihn zum Arzt zu führen.
S. g. u.

gez. Werdermann, Oberaufseher.

Die Gefangenen Meier, Gregori, Steinhilf und Kähler erklären:

Wir haben an dem betr. Morgen bemerkt, da wir in der Nähe des Frenzel arbeiteten, daß derselbe augenscheinlich krank war und vor Schwäche nicht stehen konnte.
Gregori erklärt noch:

Ich hörte, wie Frenzel zum Aufseher sagte, daß er ihn nach dem Lazarett führen möge, worauf Aufseher Steffen erwiderte: „Da hätte ich viel zu thun, wenn ich mit jedem nach dem Lazarett laufen sollte.“

Meier erklärt noch:

Frenzel war schon an dem betreffenden Morgen (12./3.) beim Arzt, kam aber, wie er mir sagte, nicht ins Lazarett, sondern wurde Medizin bekommen. Nach kurzer Zeit, als er wieder auf dem Arbeitsplatz war, klagte er über Schwindel und Stechen in der Brust,

worauf ich ihm riet, sich ins Lazarett führen zu lassen, was er aber nicht wollte. Erst nachdem ich den Meister Krause auf seinen Zustand aufmerksam machte, ging er auf dessen Veranlassung zum Aufseher Steffen, welchen er um Vorführung ins Lazarett bat, was dieser aber verweigerte.

S. g. u.
gez. Meier, Gregori, Steinhilf, Kähler.
S. g. u.
Willau.

Herrn Sanitätsrat Dr. Pfeifer zur gefl. Kenntnisnahme und Mitteilung:

a) Ob sich Frenzel am 12./3. beim Arzt gemeldet hat, b) ob seine Angabe richtig ist, daß er am 12./3. nicht ins Lazarett aufgenommen wurde, sondern Medizin erhalten sollte, daß er am 13./3. ins Lazarett aufgenommen und dort fünf Wochen lang an einer heftigen Lungenentzündung behandelt wurde.
Plözensee, den 10. 5. 01.

Die Direktion, gez. Wirth.

Frenzel hatte sich am 12. März vorgemeldet und erhielt Medizin (d. h. vorläufig nur verordnet, erhalten hätte er sie eben am nächsten Tage); am 13./3. wurde er in das Lazarett aufgenommen und daselbst bis zum 19./4. an einer Lungenentzündung behandelt.
Plözensee, den 12. 5. 01.

gez. Dr. Pfeifer.

Verfügt:

Dem Frenzel ist bekannt zu geben, daß er keinen Grund zur Beschwerde hat; er hätte schon am 12./3. Aufnahme im Lazarett gefunden, lehnte diese aber ab. Am 13. hat er wieder um Vorführung zum Arzt. Diese ist erfolgt und darauf keine Aufnahme ins Lazarett. Das ihm gegenüber eingehaltene Verfahren hat er lediglich durch seine Weigerung, am 12./3. im Lazarett zu verbleiben, und daß er den Oberaufseher Werdermann nicht gebeten hat, ihn ins Lazarett führen zu lassen, selbst verschuldet.
Plözensee, den 14. 5. 01.

Die Direktion, gez. Wirth.

An die Polizei des I./II. Gef.

Dem Frenzel mitgeteilt.

Plözensee, den 18. 5. 01.
gez. Freiherr von Malzkahn, Polizei-Inspektor.

Man möchte bewauern, daß Frenzel den Beschwerdeweg nicht weiter verfolgt hat. Aber die Erfahrungen der ersten Instanz haben ihn genug erschreckt und er mag, wie viele andre, die Beschwerde auf sich beruhen lassen haben, um nicht durch die Mühen, die er den Beamten bereitet, sich mißlieblich zu machen und das traurige Gefängnisdasein noch zu verschlimmern; wobei daran erinnert sei, daß, nach der Gefängnisordnung für die preussische Justizverwaltung, wegen unbegründeter Beschwerden auch Disziplinarstrafen verhängt werden können.

Was den uneingeweihten Leser der obigen Aktenauszüge zunächst befreunet, ist der Umstand, daß dem Herrn Medizinalrat Dr. Pfeifer der körperliche Zustand des Frenzel, als dieser ihm am Morgen des 12. März vorgeführt wurde, unbedenklich erschien, während dessen Mitgefängene, ungebildete Leute, zu Protokoll erklärten, daß Frenzel augenscheinlich krank war und vor Schwäche nicht stehen konnte. Eine gründlichere Untersuchung des Kranken hat nicht stattgefunden, es wurde nur entschieden, daß der Kranke Medizin erhalten solle — am andern Tage! Auch dieser Fall zeigt von neuem, wie die früher von uns veröffentlichten, daß unter den jetzigen Einrichtungen in den Gefängnissen von zureichender Krankenbehandlung und Krankenbehandlung keine Rede sein kann.

Der schwerkranke Frenzel wollte also nach seinem Arbeitsplatz zurück. Sein Stationsbeamter, der Aufseher Steffen, führte dann die Abweisung des Frenzel durch den Anstaltsarzt mit Recht als Entschuldigung für seine eigene Handlungsweise an. Wenn der Arzt einen Gefangenen, der sich bei ihm gemeldet hat, zurücksendet und der Gefangene sehr bald darauf demnach in das Lazarett gebracht zu werden verlangt, dann liegt es nahe, daß der Stationsaufseher das Verlangen für unberechtigt hält. Der Aufseher hat allerdings, da gegen ihn Beschwerde geführt wurde, abgelehnt, daß Frenzel jenes Verlangen gestellt hätte, aber die Akten lassen keinen Zweifel, daß dies nur der Rettungsdienst eines Angefallenen war.

Im Gegensatz zu Frenzel belündete dann auch der Oberaufseher Werdermann, daß jener ihn ebenfalls nicht um Ueberführung in das Lazarett gebeten habe. Es steht da Behauptung gegen Behauptung, Zeugen konnte Frenzel nicht anführen, weil außer dem Aufseher niemand bei der Vorführung zugegen war. Verwunderlich wäre es nicht, wenn er diese Bitte doch ausgesprochen hätte, zumal dann, als er hörte, daß man den Entschluß faßte, ihn, den Schwerkranken, in den Keller zu befördern.

Ueber die Ausführungen, mit welchen der Anstaltsdirektor die Beschwerde des Frenzel als grundlos zurückwies, kann man nur den Kopf schütteln. Umso mehr als der Herr Geheimrat Dr. Wirth in dem wohlbegründeten Rufe stand, ein vornehmer und humaner Beamter zu sein. Auch hier wieder läßt sich der Vorgang nur aus dem traurig verfallenen System erklären. Beschwerden irgend welcher Art sind nicht gern gesehen und die höheren Anstaltsbeamten sind von vornherein von Mißtrauen erfüllt, wenn ein Gefangener es wagt, Vortwürfe gegen Aufseher, Oberaufseher und Anstaltsarzt zu richten. Solche Beschwerden als berechtigt zu erklären und die dann nötig werdenden Schritte gegen die Beschuldigten einzuleiten, das wird nur dann geschehen, wenn jede Möglichkeit, den Fall anders aufzufassen, fehlt.

Fast ein Wunder aber ist es, daß Frenzel der zwanzigstündige Aufenthalt im Arrestkeller nicht vollends den Tod gebracht hat. Jedenfalls hat er an seiner Gesundheit schwersten Schaden erduldet.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 1. Juni.

Die dümmsten Lehrer sind die besten.

Das Junkerwort, daß der dümmste Arbeiter der beste ist, findet jetzt eine Wiederholung in dem Satze, daß auch der dümmste und unwissendste Volksschullehrer der beste sei. Darauf läuft nämlich die erboste Kritik hinaus, die konservative Organe dem Beschluß der Königsberger Lehrerversammlung angedeihen lassen, der Hochschulbildung für alle Lehrer als erstrebenswertes Ziel erklärte.

Die „Kreuz-Zeitung“ bemerkt dazu:

„Dieser Beschluß enthält in Wirklichkeit nichts anderes als ein Zugeständnis an den Zukunftsstaat. Das mögen gewiß viele von denjenigen, die in Königsberg für ihn gestimmt haben, nicht durchschauen haben. Aber bei nächster Ueberlegung werden sie sich doch sagen müssen, daß er durch praktische Gründe, insbesondere durch die Rücksicht auf die den Volksschullehrern regelmäßig obliegende Art der Arbeit nicht gerechtfertigt werden kann, sondern daß er lediglich in der blinden Unterwerfung unter das Gleichheitsprinzip seine Erklärung findet. Hierdurch erklärt sich auch die Benugung, die in den obigen Sätzen des „Vorwärts“ zum Ausdruck kommt.“

Wir glauben nicht, daß der Volksschullehrerstand durch die Forderungen des Königsberger Lehrertages in den weiten Kreisen der Bevölkerung an Sympathie gewinnen wird. Das ist um seinerwillen zu bedauern. Denn die Neigung, ihm gewisse, im Rahmen des Erreichbaren liegende Forderungen zu bewilligen, kann bei einem solchen Vorgehen gerade bei gewissenhaften Leuten, die sich die Folgen eines jeden Zugeständnisses zu vergegenwärtigen pflegen, empfindlich beeinträchtigt werden. Eine schwere Verantwortung aber tragen die außerhalb des Volksschullehrerstandes stehenden Kreise, welche die Forderung so auszuweisen Forderungen, wie der des Universitätsstudiums für alle Lehrer, auch nur mittelbar unterstützen haben. Eine mittelbare Unterstützung erblicken wir z. B. in dem Verjuge, die Volksschule mit der Universität in irgend welchen natürlichen Zusammenhang zu bringen. Ein solcher Versuch liegt nach unserer Auffassung schon in den Worten, mit denen der Rektor der Königsberger Universität im Namen dieser Anstalt die Lehrerversammlung begrüßte. Wir meinen, daß wenn überhaupt die Universität es für gut hielt, sich hier amlich vertreten zu lassen, bei der von ihrem Vertreter an die Versammlung zu richtenden Ansprache jede Nebenbemerkung zu vermeiden war, die über den Charakter der freundschaftlichen Begrüßung hinausging und als Eingehändnis eines natürlichen Zusammenhangs zwischen der Volksschule und Universität betrachtet werden kann.“

Es ist eine ebenso zartförmige Fuldigung für den sozialistischen Zukunftsstaat als eine scharfe Verhöhnung des Gegenwartstaates, daß die „Kreuz-Zeitung“ die selbstverständliche Forderung der höchstmöglichen Bildung für jeden Volksschullehrer als Zugeständnis an den Zukunftsstaat schauernd verwirft. Ebenfalls charakteristisch ist der Vorwurf gegen den Universitätsrektor, der von einem Zusammenhang zwischen der Volksschule der Pflanze und der Universität gesprochen hat, die ja doch heute — mit wenigen Ausnahmen — eine Art geistiges Majorat der durch Glück und Besitz privilegierten Stände ist und nach junkerlichem Rathschluß für alle Zeiten bleiben muß.

Die Volksschullehrer sehnen sich mit Recht aus der tendenziösen und engen Seminarbildung heraus, um an den Universitäten in größerer Freiheit Wissenschaft zu treiben. Sie wissen, daß jeder, der zur Erziehung der Jugend berufen ist, ausgestattet sein soll mit all dem Wissen, das die Zeit gewährt. Daher war jener Beschluß durchaus gerechtfertigt. Daher aber auch der Jörn der Junker.

Erstlich fürchten sie, daß dann die Arbeiter noch mehr lernen werden, als sie ohnehin zum Schmerz der Junker schon lernen. Dann aber wollen sie durchaus keinen selbstbewussten, unterrichteten den Junkerspröcklingen gleichberechtigten Volksschullehrerstand. Schon heute sind ihnen die Lehrer zu „stark“ und „hochmütig“ — wie würden diese sich erst entwickeln, wenn sie social gleich ständen mit Richtern und Offizieren, wenn sie dann in stolzer Unabhängigkeit von ihrer Bildung den Kindern der Landarbeiter mitteilen würden, anstatt sie — wie ein preussischer Minister jüngst erklärt hat — zu unterrichten, warum sie der liebe Gott auf Land gesetzt hat, damit sie nämlich dem gnädigen Herren willig und demüthig frondeten. Nein, wenn es nach den Junkern ginge, so könnte die ganze Volksschule wieder beseitigt werden und ausgebildete invalide Unteroffiziere könnten wieder die Kunst des Buchstabierens und der Gefangenschaft mit dem Stocke treiben.

Für die Auffassungen der heutigen Regierung ist es übrigens bezeichnend, daß auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am letzten Sonntag sehr entschieden sich sowohl gegen die allgemeine Volksschule wie gegen die Universitätsbildung der Volksschullehrer ausgesprochen hat. Bobbielküs Weist der erfolgreichen Schweinezucht herrscht eben auch im Kultusministerium. —

Die Wahlen in Belgien.

Brüssel, 1. Juni. (Fig. Ver.) Nach 80stündiger Stimmzählung, verursacht durch die Verwicklungen des Proportionalitätensystems, sind die Ergebnisse der Wahlen endlich offiziell bekannt geworden.

Der Tag des 2. Mai hat in Belgien einen glänzenden Sieg für die liberale Partei gebracht, eine Verminderung der katholischen Macht und eine schwere parlamentarische Niederlage für die Sozialdemokratie. Ich sage: eine parlamentarische Niederlage und nichts mehr, weil die Stimmzahl der Sozialisten in Vergleichung mit dem Ergebnis der früheren Wahlen nicht vermindert ist. Im Jahre 1900 erhielten die Kandidaten der Arbeiterpartei 306 956 Stimmen in den zur Wahl stehenden Bezirken. Jetzt beträgt die Stimmzahl 297 020, wovon noch ca. 4000 sozialdemokratische Stimmen kommen, die auf Kandidaten fielen, welche aus der Partei emigriert

find. Aber da die Bevölkerungszunahme in Betracht gezogen werden muß, so ist der Stand unserer Stimmenzahl schlimm genug: Die Liberalen gewinnen 42 630 Stimmen und die Merkmalen 51 100 Stimmen. Eine nähere Untersuchung zeigt, daß im ganzen Lande, sofern die Wähler in der Hälfte der Wahlkreise den allgemeinen Schluß zulassen, die politische Kraft der sozialdemokratischen Partei um ungefähr 6 bis 7 Proz. geschwächt ist.

In der Deputiertenkammer verlieren wir 7 Sitze (2 in Bütlich, 2 in Charleroi, 1 in Journai, 1 in Huy und 1 in Sergnies) und wir gewinnen nur ein neues Mandat zu Verbiers. Unter den nicht wieder gewählten Genossen befinden sich Rechtsanwalt Léon Fournmont, einer der schärfsten und besten Redner der Fraktion, der Arzt Branquart, Vertreter der wallonischen Landarbeiter, der alte Bergarbeiter Cabrot, der Genosse Croillet, Erländer der Jugendvereine.

Die Liberalen gewinnen 9 Sitze, davon sind 6 der katholischen Partei abgenommen und 3 der Socialdemokratie. Die katholische Partei verliert 7 Sitze (6 zu Gunsten der Liberalen und 1 zu Gunsten der Socialdemokratie), aber sie gewinnt 4 Sitze von der Socialdemokratie. Die neue Kammer wird auf folgende Weise zusammengesetzt sein: 93 Merkmalen statt bisher 96, 43 Liberale statt bisher 34, 28 Socialdemokraten statt bisher 34, 2 christliche Demokraten wie bisher. Die Oppositionsparteien verfügen also über 73 Mitglieder und die Merkmal-Konservativen über 93 Sitze. Die Mehrheit fällt von 26 auf 20 Stimmen.

An Stimmziffern fielen auf die Parteien in den vier zur Wahl gestandenen Provinzen:
Socialdemokraten 302 771
Liberalen 264 932
Christlich-Demokraten 17 495
Kartell (Lib. u. Social.) 21 815
Zusammen für die Oppositionsparteien . . . 607 013 Stimmen.
Katholische Partei 506 305

Oder eine Minderheit für die Regierung von 100 708 Stimmen. Besonders beachtenswert ist, daß die Socialdemokratie mit 302 771 Stimmen nur 18 Sitze bekommt, die Liberalen mit 264 932 Stimmen aber 22 Sitze und die Merkmalen mit 506 305 Stimmen 38 Sitze. Die schlechten Einrichtungen des Proportional-Systems haben das Recht des Pluralstimmenrechts noch vergrößert.

Was sind nun eigentlich die Ursachen der socialdemokratischen Niederlage? Sie sind mannigfaltig und am wenigsten darf man unserer Partei Vorwürfe machen. Die Tätigkeit unserer Partei im Parlament und in der Wahlagitation war prächtig. Aber eine ganze Menge der schwankenden Wähler, die vor vier Jahren für die Socialdemokratie stimmten, weil sie in ihr die kräftigste Verteidigerin der Kultur sowie die am meisten demokratische Opposition gegen Pfaffenstimm und konservativen Herrschaft sahen, sind jetzt zu der liberalen Partei zurückgekehrt. Denn die Liberalen hatten seit einiger Zeit höhere Fehler mit Geschick zu vermeiden gesucht. Während sie früher vielen Wählern, die noch nicht bewusste Socialdemokraten waren, als unzuverlässige Leute erschienen, haben sie es jetzt besser verstanden, die Schwankenden zu gewinnen. Sie haben besonders damit gearbeitet, daß sie allein bei der Niederwerfung des Merkmalen Regiments die Regierung übernehmen könnten. Dann haben sie auch in der Agitation energischer die dringenden demokratischen Reformen betont: gleiches Wahlrecht, persönliche Dienstpflicht im Heere, obligatorischen Volksschulunterricht, Ausbildung der Arbeiterversicherung. Diese richtigere Haltung der belgischen Liberalen ist zum guten Teil auf die Anregungen zurückzuführen, die aus den Kämpfen gegen den Merkmalismus in Frankreich herüberkam. Es kommt hinzu, daß sich die Liberalen systematisch aller Angriffe auf die socialdemokratischen Bestrebungen enthalten haben; diese Taktik hat ihnen nur genützt. Schließlich ist nicht zu vergessen, daß in Flandern viele der Socialdemokratie günstige Wähler liberal gewählt haben, um so die Wahl von Merkmalen zu verhindern.

Die Lehren dieser Wahl sind teuer, aber sie werden auf unsre Taktik heilsamen Einfluß üben. Es ist unsrer Partei die erste und schwerere Pflicht anferlegt, die socialdemokratischen Prinzipien und das Massengefühl auch in den Streifen der noch unsicher Schwankenden zu festigen.

Deutsches Reich.

Heid Mend.

Der Landtags-Abgeordnete Mend will unbedingt von sich reden machen. Da er es auf andere Art nicht kann, so veröffentlicht er jede Woche mindestens einmal in einem ihm gefügigen Blatte die geistig-gehaltvolle Erklärung, daß das Reichstags-Wahlrecht „eine überlebte Einrichtung“ ist und „ein Unglück des Vaterlandes“. Ein Glück für das deutsche Vaterland und seine Zukunftserwartung ist natürlich nur ein Dreiklassen-Wahlrecht, das die Mendel zu preussischen Landtags-Abgeordneten befördert.

Rachdem selbst die Nationalliberalen Herrn Mend von ihrer Schwelle gewiesen, rächt er sich durch die Erklärung im „Altonaer Tageblatt“, daß die Liberalen die Scheidewand zwischen sich und zwischen der Industrie und dem Handwerk errichtet hätten, daß sie Partei nehmen „für die Lohnarbeiter und gegen die Arbeitgeber“. Das haben sich die Nationalliberalen wohl kaum träumen lassen, daß sie als einseitige Vertreter der Lohnarbeiter und Gegner der Unternehmer verurteilt werden könnten!

Herr Mend aber, der große Herr Mend ruft die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf, sich von den Nationalliberalen abzuheben: nur ein Heil giebt es für sie, Anschluß an die Konservativen, an die einzige Partei, die zu modern denkt, um der „überlebten Einrichtung“ des gleichen und geheimen Wahlrechts noch anzuhängen. Herr Mend schmettert:

Da der Zusammenschluß sämtlicher deutschen Arbeitgeber als gegeben zu betrachten ist, so ist auch die Zeit gekommen, wo die Arbeitgeber den politischen Kampf gegen die Socialdemokratie und gegen das allgemeine Stimmrecht beginnen können und müssen. Ich stehe seit vielen Jahren mit in der ersten Linie derjenigen, welche die Arbeitgeber zur Abwehr der socialdemokratischen Angriffe organisieren, und die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß ich an den wichtigsten Verhandlungen der letzten Monate, welche den Zusammenschluß sämtlicher deutschen Arbeitgeber zur Folge hatten, einen hervorragenden Anteil gehabt habe, deshalb sehe ich vielleicht früher als andre, daß der Augenblick gekommen ist, wo der Kampf gegen das allgemeine Stimmrecht beginnen muß.

Die Arbeitgeber werden sich selbstverständlich nicht auf weiteren politischen Gebieten betätigen, sie werden sich auf diese eine Forderung, der Beseitigung des allgemeinen Stimmrechts, beschränken, diese Frage aber allen übrigen politischen Erwägungen voranzustellen müssen. Deshalb werden und müssen sie dazu kommen, allen denjenigen politischen Parteien ihre Stimme bei den Wahlen zu entziehen, welche für die Beibehaltung des allgemeinen Stimmrechts eintreten. Das betrifft beinahe ausschließlich die liberalen Parteien, in erster Linie die beiden freisinnigen Parteien und nach den letzten entschiedensten Erklärungen bezüglich des allgemeinen Stimmrechts auch die nationalliberalen Partei.

Herr Mend hätte eigentlich auch die Konservativen in sein Verdauern einschließen sollen, denn auch die konservativen Kandidaten haben noch bei der letzten Reichstagswahl sich für Aufrechterhaltung des Reichstags-Wahlrechts erklärt. Allerdings mag darin Herr Mend Recht haben, wenn er diese konservativen Erklärungen als Lügen einschätzt.

Die „Nationalzeitung“ bemerkt zu den Offenherzigkeiten ihres Parteigenossen von gestern:

Wir hätten von dieser neuen Philippika des verflochtenen Liberalen keine Notiz genommen, wenn er seinen Vorstoß nicht im Zusammenhang mit der neuen Organisation deutscher Arbeitgeber gebracht hätte. Diese Organisation kann unsern Erachtens nicht genug davor gewarnt werden, den Locknissen des Verführers Mend zu folgen und die programmatische Forderung der Abschaffung des Reichstags-Wahlrechts zu erheben. Die Arbeitgeber-Organisation will es sich nach ihrer eignen Erklärung in erster Linie angelegen sein lassen, dem Frieden und der socialen Versöhnung zu dienen. Auch diejenigen Arbeitgeber, welche persönlich dem Reichstags-Wahlrecht unfreundlich gegenüber stehen, können sich aber unmöglich verhehlen, daß eine Agitation nach dem Vergehen des Herrn Mend die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ins Maßlose verschärfen und den wilden Krieg auf unabsehbare Zeit hinaus entzünden würde.

Solche Beschuldigungen werden nicht hindern, daß die deutsche Arbeitervolkklasse bei ihrer Beurteilung des neuen Arbeitgeber-Verbandes das Vertrauen berücksichtigen wird, das ein eifriger Förderer des Verbandes in die Wahlrechtsfeindschaft seiner Mitsprecher setzt! —

Auch Bayern!

Wie uns telegraphisch wird, teilt die „Münchener Post“ mit, daß ein russischer Student ohne Angabe von Gründen aus Bayern ausgewiesen wurde. Er gehört zu den Vorgesetzten, die nach den bekannten Protesten in Berlin aus Preußen ausgewiesen wurden.

Bayern hat stets darauf gehalten, von der preussischen Schande der Ausweisung politischer Ausländer rein zu bleiben. In dem Falle der 14 ist von Berlin stark bedauert worden, daß die Aufnahme der aus Preußen ausgewiesenen den Grafen Bülow persönlich kränken müsse. Diesem Wink konnte man in Bayern nicht widerstehen.

Die Forderungen der Socialpolitik.

Selbst die winzigen Zusätze, die nun wieder vor bereits vielen Monaten der Vertreter des Reiches im Reichstage in der Frage der Arbeiter-Vereinsvertretung gegeben hat, haben bisher noch zu keiner Erfüllung geführt. Es ist darum wohl angemessen, daß einzelstaatliche Landtage an die Forderung erinnern. Es wird aus Stuttgart vom 1. Juni berichtet: Die Kammer der Abgeordneten hat heute nach mehrwöchiger Verhandlung einen Antrag angenommen, in dem die Regierung ersucht wird, im Bundesrat für die unverzügliche Einbringung einer Gesetzesvorlage, betreffend die Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Bestrebungen auch der Staatsregierung gegenüber einzutreten und für den Fall, daß die bei der Reichsbehörde zur Zeit im Gange befindlichen, auf Schaffung dieser Vertretung gerichteten Bestrebungen ohne Aussicht auf Erfolg verlaufen, dem Landtage den Entwurf eines entsprechenden Landesgesetzes vorzulegen.

Es ist demerkenswert, daß die württembergische Abgeordneten-Kammer bereits ausdrücklich damit rechnen zu müssen glaubt, daß die Forderung des Grafen Bülow und des Grafen Pofadomsky überhaupt zu nichts führen wird. Der socialpolitische Kredit der Reichsregierung ist nicht groß.

Dem liberalen Landsturm. Aus Köln wird uns geschrieben: Eine von gegen tausend Personen besuchte nationalliberale Versammlung in Köln nahm am Dienstag Stellung zu dem konservativ-nationalliberalen Schulantrag. Zu der Versammlung war der Führer der nationalliberalen Fraktion, Dr. Sattler, erschienen. Professor Moldenhauer, Kommerzienrat Dr. Reven und Rechtsanwalt Dr. Fall als Hauptredner ließen kein gutes Haar an dem konservativ-nationalliberalen Kompromiß, und besonders der letztere, einer der Kölner nationalliberalen Landtags-Kandidaten, griff die Fraktion aufs schärfste an. Der Antrag habe eine sehr nahe Verwandtschaft mit dem Zedlitzschen Schulgesetz-Entwurf vom Jahre 1892, den die Entfristung des Volkes hinweg gesetzt habe. Die nämliche „geistige Tyrannei“, die der Mitantwortssteller Dr. Friedberg 1892 dem Zedlitz-Entwurf nachsagte, stehe in dem jetzigen Antrag. Um ein Menschenalter sei die Errichtung der Simultanen durch den Kompromißantrag zurückgeworfen. Gerade das Prinzip sei aufgeopfert worden, das die Partei soweit gebracht und so viele denkende Köpfe ihr gewonnen habe. Die Frage der Simultanen sei das Banner gewesen bei der Landtagswahl. Was da als Wille der Partei hingestellt wurde, sei jetzt von der Fraktion als falsch dargehalten worden. In dieser Frage dürfe es keine Brücke, kein Kompromiß zwischen Liberalismus und Konfessionalismus, zwischen Fortschritt und Rückschritt geben. Statt an die Verständigung der liberalen Richtungen zu denken, habe die Fraktion sich mit den konservativen zusammengethan. Viele Nationalliberale hätten diesen Antrag als einen Schlag empfunden, von dem sie sich sobald nicht erholen würden. Die Redner verlangen die sofortige Einberufung eines allgemeinen deutschen Delegiertentages der nationalliberalen Partei. Im übrigen reden sie der Verständigung das Wort und mahnen von der Spaltung ab.

Hr. Dr. Sattler trat als erster Diskussionsredner auf. Er wurde vielfach durch Widerspruch, erregte Zwischenrufe und Gelächter unterbrochen. Ein folgender Redner bürdig ihn nicht unecht mit dem Daniel in der Löwengrube. Herr Sattler suchte den Widerspruch und die Anfeindungen der Fraktion auf misverständliche Auffassungen zurückzuführen. Nicht von Freiherren u. Zedlitz, sondern von der Regierung seien die Verhandlungen geführt worden, um durch den Antrag ein Gesetz vorzubereiten und zu Stande zu bringen, ohne die loslösenden Widersprüche im Volk hervorzuheben. Der Redner sucht darzulegen, daß der Antrag von dem Zedlitzschen weit entfernt und gegen den bestehenden Zustand durchaus kein Rückschritt sei, da er diesen Zustand nur geistlich festlegen wolle.

Die folgenden Diskussionsredner wandten sich meist scharf gegen Dr. Sattler und die Fraktion.

Die Veranstalter brachten eine Resolution ein, worin erklärt wird, daß der Schulantrag nicht den Traditionen der Partei und nicht dem Wohl des Volkes entspricht; sie erwarten bestimmt, daß die Abgeordneten bei Verabschiedung des Schulantrags-Gesetzes sich den Grundfragen der Partei entsprechend verhalten werden; ferner fordert die Resolution die Einberufung eines allgemeinen deutschen Delegiertentages.

Die Resolution wurde mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Wie man Herrnhäusler wird, um alsdann gegen die Volkrechte zu toben, zeigt wieder diese kleine Meldung: Reubersufer wurde in das Herrenhaus Rittergutsbesitzer Hans v. Arnim auf Reubersund, Kreis Prenzlau, durch allerhöchsten Erlaß vom 15. Mai d. J. auf Lebenszeit infolge Präsentation der Familie v. Arnim als Nachfolger des am 18. Dezember 1903 verstorbenen Rittergutsbesitzers Kammerherrn Oscar v. Arnim-Erdingendorf. Das ist das „Wahlrecht“ nach dem Wunsch der Wirbach und Mantuffel.

Ein „Wahlkravall“ von Offizieren.

Als eine Art Wahlkravall zeigt sich die gestern gemeldete Offiziersausweitung in Hannover. Die vier Offiziere des Beurkundungsstandes Freiherr v. Vodenhausen, Hauptmann v. Besser, Bergwerksdirektor Geyne und Herr Rheingold, waren von Berlin nach Hannover gekommen, um an einer Offizierswahl teilzunehmen. Lange nach Beendigung der Wahl, nachts 3 Uhr, passierten sie sehr ungeheuer, denn vor dem Bahnhofgebäude sich ausbreitenden Ernst August-Platz im Gänsemarkt mit lautem Lärm. Der Aufforderung des Stauamanns Heisel I, sich ruhig zu verhalten, kamen sie nicht nach. Als nach mehrfachen ver-

geblischen Ermahnungen der Stauamann Glockemann ihre Personalien feststellen wollte, schrien ihn die Herren mit den Worten an: „Wir sind Berliner und können uns amüsieren, wie wir wollen!“ — Glockemann verbat sich das, wurde aber vom Baron v. Vodenhausen bei der Kehle gefaßt und gewürgt. Heisel wollte seinem Kollegen beistehen, aber nun hieß es: „Schlagt die Hunde tot!“ und es regnete Steinhiebe auf die Beamten. Besonders wild gebärdete sich v. Vodenhausen, der wie ein Rasender um sich hieb. Beide Beamten zogen nun Blank und wehrten sich. Bei dem Kampfe erhielt Baron v. Vodenhausen einen wichtigen Pieß mit dem Säbel über die Stirn, so daß er zu Boden stürzte. Während die Beamten den Verletzten zum Wache brachten, soll Hauptmann v. Besser noch gerufen haben: „Diese Hühner, diese Hühner, diese Hühner, diese Hühner, diese Hühner, diese Hühner, diese Hühner, diese Hühner!“ Auf der Bahnhofswache benahm sich v. Vodenhausen noch immer wie ein Rasender und setzte sich sogar gegen den Arzt, der ihn verbinden wollte, zur Wehr. Schließlich gelang es, ihn nach einem nahe Hotel zu bringen, von wo er in einem Krankentaxi nach einer Privatklinik geschafft wurde. Er hat, wie berichtet, einen Schädelbruch und eine Verletzung am Arm davongetragen; Lebensgefahr soll nicht bestehen. Die andern an der Schlägerei beteiligten Herren sind bekanntlich nach Berlin zurückgekehrt.

Nach dieser Darstellung haben die gebildeten Reserve-Offiziere sich eine Handlung zu Schulden kommen lassen, die von strengen Richtern ohne große Züchtigkeit außerordentlich schlimm bewertet werden kann. Wir erinnern an das Lübtauer Justizurteil und ferner an das in Beuthen im September vorigen Jahres gegen die Beteiligten an einem Reichstagswahlkravall gefällte Urteil, bei dem schwere Justizhaus- und Gefängnisstrafen herabsankamen. Wir ärgern bei dem Gedanken, daß es den gebildeten Offizieren vor Gericht ebenso gehen könnte wie ungebildeten Arbeitern, und unser Schauer verfährt sich, wenn wir daran denken, daß die Offiziere nicht einmal den milderen Umstand für sich haben, daß sie von unbekanntem Agitatoren verführt und verheßt worden sind.

Bilse eine Beleidigung. Der Redakteur der „Münner Zeitung“ wurde vom Schöffengericht in Altm zu einer Geldstrafe von 20 M. verurteilt, weil er den Oberst a. D. Hüger — den Verfasser einer Kampfbroschüre über seine Erlebnisse im Dienst — dadurch beleidigt haben soll, daß er ihn einen Münner Bilse, eine Querculant-Seele“ genannt hat. Die Kritik an der Schrift des Oberst a. D. Hüger sei zwar berechtigt gewesen, aber sowohl die Querculant-Seele sei formell beleidigend, als auch der Vergleich mit Bilse, dem der ansüßige Charakter fehle.

Nun kann sich wieder Bilse in seiner Ehre beleidigt fühlen und gegen Hüger klagen, weil der den Vergleich als beleidigend empfunden habe.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Militärvorlage. Budapest, 31. Mai. Oesterreichische Delegation. Bei der Verhandlung über das Heeres-Extraordinarium führte der Reichs-Kriegsminister v. Pietsch aus, er habe, da ihm die finanziellen Verhältnisse bekannt waren, nicht leichten Herzens die Militärauforderungen gestellt, habe sich aber durch seine verantwortliche Stellung genötigt gesehen, für die Vervollständigung der Schlagfertigkeit des Heeres und der Marine Vorkehrungen zu treffen. Von einem Einflusse der Hofreise, von dem Stranzly gesprochen, sei keine Rede gewesen. Der Minister betonte sodann, daß er bereits gelegentlich der letzten Delegationen darauf hingewiesen habe, daß die die Artillerie betreffende Frage vollkommen sprachlos sei, was die Bewilligung höherer Summen involviere; militärische Gründe sowie die Rücksichten auf die Industrie erzielten ein rascheres Tempo. Von einer absichtlichen Heberhöhung der Desfinitivität sei keine Rede; die Heberhöhung sei wirklich in dem parlamentarischen Kriege zu suchen, durch dessen Erfahrungen jeder Kriegsminister aufgefordert werde. Der Redner betonte, es sei nicht richtig, daß sich die Kriegsminister gegenseitig in ihren Forderungen überboten, sie würden vielmehr durch die Anruhen der Völker sowie durch die Fortschritte der Technik getrieben. Er bedauere die gegenwärtigen politischen Zustände Oesterreich-Ungarns, welche auch auf das Gebiet des Militärwesens überzugreifen drohten. Offenlich werde es immer so bleiben wie heute, wo alle Völker in der Stunde der Gefahr wie ein Mann zum Thron ständen und bereit seien, das Vaterland bis zum äußersten zu verteidigen. (Lebhafte Beifall.)

Frankreich.

Die Generalkonventionen.

Paris, 1. Juni. Die nationalpolitischen Blätter verteidigen den verhafteten Verwaltungsoffizier d'Autriac mit Entschiedenheit und sehen ihn als Opfer einer Intrigue an; er habe die Radierungen in seiner betrügerischen Absicht vorgenommen (1). Ueber die Verwendung der geheimen Mittel des Kriegsministeriums dürfe nur dem Präsidenten der Republik Rechnung abgelegt werden und außerdem könne die Untersuchung des Konventionsoffiziers sehr gefährliche Folgen haben, da die mit „Auserlich“ bezeichnete Personlichkeit, hinter der Maholin den Zeugen Czernuski vermutet hatte, ein Oesterreicher sei, der Frankreich militärische Mitteilungen von höchster Wichtigkeit gemacht habe.

Paris, 1. Juni. (B. G.) Die thatächlich erfolgte Verhaftung der drei Offiziere François, Roland und Marechal erregt hier größtes Aufsehen. Sie werden der Teilnahme an den von Dautrie bezüglichen Verbrechen beschuldigt resp. denselben zu den von ihm ausgeführten Fälschungen angezweifelt zu haben. Roland war 1894 Hauptmann im zweiten Bureau unter Veschel des Obersten Santere, wurde während des Dreyfus-Prozesses inaktiv, lehrte aber 1898 in das zweite Bureau zurück, wo er der Nachfolger Henri wurde. Im Kenersee-Prozess wurde er verhaftet über die Beträge, welche dem Agenten Lajoux ausbezahlt worden waren, sowie über das Telegramm des Oesterreichischen Militär-Attachés Schneider, welches von dem General Mercier in dem Prozess vorgezeigt worden war.

Italien.

Die Geisteskrankheit Acciaritis, der vor Jahren den Mordanschlag auf König Humbert machte, ist jetzt von den italienischen Behörden erkannt worden. Aus Florenz kommt die Meldung, Acciariti sei aus dem Centralgefängnis von Porto-Longo nach der psychiatrischen Abteilung des Gefängnisses-Lazaretts übergeführt worden, da sich deutliche Zeichen des Wahnsinns an ihm herausgestellt hätten!

Niederlande.

Haag, 1. Juni. Die Haager Konvention von 1903 über das internationale Familienrecht (Ehe, Ehebruch, Trennung von Tisch und Bett, Vormundschaft) ist heute von Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Rumänien und Schweden ratifiziert worden.

Rußland.

Petersburg, 1. Juni. Hier zirkulieren Gerichte, daß auf den Grafen Lamsdorff, den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ein Attentat verübt worden sei.

Amerika.

Ein Wunderland!

Santiago de Chile, 31. Mai. Die Kammer sind heute mit einer Postkarte des Präsidenten Necoche wieder eröffnet worden. Diese hebt hervor, daß die vollkommene Herrlichkeit der internationalen Beziehungen des Landes zur Erleichterung der Heereslasten und zum Verkauf von Panzerschiffen geführt habe. Der erzielte erfreuliche Ueberschuss werde zur Verbesserung der Hafenanlagen, namentlich in Valparaiso, verwendet werden. Das Jahr 1903 habe einen Ueberschuss von 10 000 000 Pesos ergeben, für 1904 werden sich die Ausgaben auf 140 und die Einnahmen auf 150 Millionen belaufen. Der Ueberschuss des Jahres 1903 werde

am Jahreschluß 1904 zur Papiergeld-Einlösung verwendet werden. Das Budget für 1905 weist 120 Millionen Einnahmen und 98 Millionen Ausgaben auf. Der Ueberschuß solle zur Fertigstellung der begonnenen Landesmeliorationen dienen.

Der Krieg in Ostasien.

Gegenüber der märchenhaften Meldung, daß die russische Hauptarmee beabzichtige, südwärts zu ziehen und bei Kintschou vorbei, Port Arthur zu erobern, wird heute umgekehrt behauptet, daß General Kuropatkin damit rechne, einen Rückzug auf Chabin anzutreten.

Ueber den Fortschritt des japanischen Vormarsches wird heute nichts gemeldet.

Ueber die Lage in Port Arthur

weiß der nichts weniger als zuverlässige „Daily Mail“ zu erzählen:

Es herrschen Hungernotpreise, die fortwährend stiegen. Viele essen chinesische Speisen, und selbst diese sind teuer. Mehl kostet 24 Schilling pro Sad. Ganze Straßen, einschließlich mehrerer öffentlicher Gebäude, sind durch Granaten zerstört. Jeden Tag finden Kämpfe statt. Die Krankenhäuser sind voller Kranke und Verwundeter, die Toten werden weit ins Land hinausgetragen und ohne Zeremonien eingegraben. In den Forts nördlich von Latusheng stehen höchstens 10 000 Mann. Die Garnisonen der Forts nach dem Meere zu sind so weit wie möglich herabgemindert. Die Arbeit an den beschädigten Schiffen ist eingestellt; die Geschütze der am meisten beschädigten wurden an Land geschafft. Alle Zivilisten müssen militärische Dienste verrichten. Die Läden und Geschäftslotale werden geschlossen, sobald gefeuert wird. Der allgemeine Gesundheitszustand ist gut, außer daß die Chinesen Hungers sterben. Auf Diebstahl ist Todesstrafe gesetzt. Die Chinesen durften die japanischen Linien passieren; diese zerröckten sich von Westen nach Osten quer über die Halbinsel und werden von einer Kette von Schanzen besetzt, auf denen schwere Geschütze aufgestellt sind. Die Eisenbahn ist bis Kintschou total und von dort bis Wafangtien an vielen Stellen zerstört.

Englische Ansichten über die Eskirmung der Höhen bei Kintschou.

London, 30. Mai. (Fig. Ver.) Bewunderung drückt nur in ganz ungenügender Weise die Sensation aus, die die detaillierten Nachrichten über den japanischen Sieg bei Kintschou hervorgerufen haben. Wie aus unseren früheren Nachrichten hervorging, hatte man hier von Anfang an die beste Meinung von der japanischen Armee. Über ihre Waffentaten im Jihnum von Kintschou übertrafen die optimistischsten Erwartungen. Im folgenden seien die Ansichten des russenfreundlichen und nüchternen „Standard“ wiedergegeben:

„Die russische Niederlage kann nicht weiterinterpretiert werden. Von Ueberraschung oder unglücklichen Zufällen kann da keine Rede sein. Es handelte sich vielmehr um einen harten Kampf, in dem der tüchtigere Kämpfer — jedenfalls der besser geleitete und entschlossener, erfolgreicher war. Die detaillierten Nachrichten zeigen, daß alle Vorteile in der Stellung auf seine Seite der Russen waren. Sie hielten eine Höhenlinie, die mittels Schanzen, Minen, Drahtgarnen und mit mehr als fünfzig Geschützen besetzt war. Die Japaner hatten eine Operation auszuführen, von welcher man uns in den letzten Jahren sagte, daß sie unter modernen Bedingungen einfach unmöglich sei. Es war eine Frontattacke, die theoretische Strategen für aussichtslos hielten. Aber was bei Jettisburg und Plewna, bei Gravelotte und Spichern erreicht wurde, kann auch noch jetzt, trotz der modernen Gewehre erreicht werden. Die japanischen Verluste sind relativ gering, als man erwarten durfte. Bei Chiau, am Borodino, bei Jorndorf und Sebastopol haben die Russen größere Verluste erlitten oder dem Feinde beigebracht. Dies soll kein Tadel sein gegen General Stoffsels Mannschaften. Es ist ein guter Beweis für ihre Stetigkeit, daß sie vier Tage lang den Japanern die Spitze boten und sie mehrmals zurückwarfen. Erst als sie durch das heftige Kanonenfeuer der Japaner ganz erschüttert waren, wichen sie vor dem grimmigen Aufsturm der japanischen Infanterie zurück. Daß die Russen schließlich vollständig demoralisiert waren, beweisen ihre großen Verluste an Geschützen, ebenso daß sie bei ihrer zweiten Verteidigungslinie, bei Kanwanlung, keinen Widerstand leisten konnten. Die Wirkung dieses japanischen Sieges muß moralisch und materiell sehr groß sein. . . . Die Russen wissen jetzt, daß sie es mit einem Feinde zu thun haben, der alle Eigenschaften besitzt, die zum Erfolg nötig sind. Die besten französischen Soldaten hätten nicht mit mehr Ehran die Höhen von Kanfan skieren können; die besten englischen und amerikanischen Truppen hätten nicht mit größerer Stetigkeit unter einem Kugelregen marschieren können, und es ist zweifelhaft, ob der deutsche Generalstab den Zeitpunkt der Attacke hätte besser wählen oder die Artillerie und das Geschützfeuer mit größerer Präzision arbeiten lassen können.“

Partei-Nachrichten.

Der sozialdemokratische Verein München beschäftigte sich in seiner letzten Versammlung, nachdem über den bevorstehenden bairischen Parteitag verhandelt worden war, mit den Streitigkeiten, die sich um die Schiedsgerichts-Entscheidungen in Sachen Bernhardt, Gähre und Heine rankten. Der Ausschuh hatte eine Resolution zur Diskussion gestellt, in der dem bairischen Parteitag empfohlen wird, auszusprechen, daß die Parteigenossen endlich die persönlichen Reibereien einstellen möchten. Trotz Einverständnis mit der Absicht der Resolution sprachen verschiedene Genossen gegen deren Annahme mit der Begründung, daß man mit ihrer Annahme nur einen neuen Janfapfel in die Partei werfen würde. Die Parteigenossen möchten nur allerorts dafür sorgen, daß in Bremen der Streik nicht wieder ausflamme, sondern in die Kommission verwiesen werde. Dieser Ansicht schloß sich die große Mehrheit der Versammlung an und lehnte die Resolution ab.

Partei-Prese. In die Redaktion der Erfurter „Tribüne“ tritt am 1. Juni an Stelle des ausscheidenden Genossen Hans Genosse v. Lojewski ein.

„Der Zweck heiligt die Mittel.“

S. u. J. Zrier, 31. Mai.

Unter großem Andränge des Publikums und zahlreicher Vertreter der Presse, darunter auch eines Berichterstatters des Wiener „Waterland“ und eines Redakteurs des „Gaulois“ in Paris, fand heute vormittag vor der Zivilkammer des hiesigen Amtsgerichts die Verhandlung der Zivilklage des Grafen Hoensbroech gegen den Reichstags- und Landtags-Abgeordneten Kaplan Dasbach statt, bei welcher es sich um die vom Grafen Hoensbroech erhobene Forderung auf Auszahlung der vom Abg. Dasbach in einer Rigidorfser Volksversammlung

ausgegebenen Bescheinigung von 2000 Gulden

für den Nachweis handelt, daß der Satz: Der Zweck heiligt die Mittel in jesuitischen Schriften enthalten ist.

Zunächst erhielt Rechtsanwalt Vettingen das Wort, um die Klage des Grafen Hoensbroech, die auf Zahlung von 2000 Gulden nebst 4 Prozent Zinsen vom 20. April 1903 ab lautet, eingehend zu begründen. Der Redner trug die Entstehung des Rechtsstreites vor. Es werde seit Jahrhunderten behauptet, daß die Jesuiten den Grund-

satz aufgestellt hätten, der Zweck heilige die Mittel. Schon im Jahre 1852 habe deshalb der Jesuitenpater Noe einen Preis von 1000 Gulden aufgesetzt für die Erbringung des Nachweises, daß diese Behauptung irgendwie begründet sei. Am 31. März v. J. habe dann der Beklagte Abg. Dasbach in einer öffentlichen Versammlung in Rigidorf erklärt, er zahle das Doppelte, nämlich 2000 Gulden, wenn ihm jemand den geforderten Nachweis erbringe, er zweifelle jedoch nicht, daß diese Auslösung auch diesmal vergeblich sein werde. Daraufhin habe sich Graf Hoensbroech unter dem 10. April v. J. an den Beklagten gewandt und nach längerem Hin und Her sei das Wetweithema wie folgt präzisirt worden: „Jede an sich sittlich verwerfliche Handlung ist dadurch, daß sie vollbracht wird, um als Mittel zur Erreichung eines guten Zweckes zu dienen, sittlich erlaubt.“ Hierauf habe Graf Hoensbroech in einer besonderen Proklamation den bündigen Nachweis dafür erbracht, daß eine ganze Reihe Jesuitenoberer den obigen Satz gelehrt haben, und im Anschluß daran die Auszahlung der ausgesetzten 2000 Gulden gefordert. Die Ablehnung dieser Forderung habe die heutige Klage gezeitigt.

Hierauf erwiderte Rechtsanwält Kneer als Vertreter des Abg. Dasbach: Er lehne es für heute ab, auf den Kernpunkt der ganzen Sache einzugehen, da zunächst zahlreiche Vorfragen zu erledigen seien. Nach § 661 des Bürgerlichen Gesetzbuches handle es sich um eine Preisbewerbung. Das habe Graf Hoensbroech anerkannt, indem er es dem Beklagten anheimgestellt habe, die notwendigen Voraussetzungen für eine Preisbewerbung nachzuholen. Dieser sei darauf eingegangen und somit sei der Kläger wegen Einbringung einer nicht schlüssigen Klage so wie so abzuweisen. Es handle sich aber in der vorliegenden Sache für den Abg. Dasbach auch noch um ein höheres Interesse und auch aus diesem Grunde sei er dagegen, daß sie vor einem ordentlichen Gerichte zum Austrag komme, um so mehr als doch schon von Anfang an ein volles Einverständnis darüber geferriert habe, daß in dieser Sache nur ein durchaus sachverständiges Schiedsgericht Recht zu sprechen vermöge. Wir sehen auf dem Standpunkt, daß dieses

Schiedsgericht

aus 3 Theologen, 3 Juristen und einem Obmann mosaischen Glaubens, sämtlich Professoren einer reichsdeutschen Hochschule, zu bilden sei und haben dem Kläger diesen Vorschlag unterbreitet. Der Abg. Dasbach hat sich an eine ganze Reihe deutscher Universitätslehrer gewandt, um die erforderlichen Schiedsrichter zu bekommen, die jedoch sämtlich ablehnten. Ich bitte um Abweisung der Klage, weil sie nicht schlüssig ist und weil die prozesshindernde Einrede des Schiedsvertrages erhoben worden ist.

Rechtsanwalt Vettingen: Was das Schiedsgericht anlangt, so siehe er auf dem Standpunkt, daß ein Schiedsvertrag überhaupt nicht zu stande gekommen sei, denn Dasbach habe die wesentlichen Voraussetzungen nicht erfüllt. Zunächst habe er den jüdischen Obmann abgelehnt, weil dieser nach seiner Ansicht nicht über Fragen theologischer Natur entscheiden könne, dann habe er sogar die Urteilsfähigkeit der evangelischen Professoren angezweifelt, weil diesen das Latein der älteren jesuitischen Schriften nicht geläufig genug sei, und schließlich habe er auf den zweiten Vorschlag, es sollten die juristischen Fakultäten der drei größten deutschen Hochschulen Berlin, München und Leipzig das Schiedsamt bilden, überhaupt nicht mehr geantwortet. Daß er später die Professoren Feiner-Breslau und Rausbach-Münster benannt habe, könne nicht in Frage kommen, da Graf Hoensbroech diese als ihm feindlich gesinnte Männer ohne weiteres hätte ablehnen müssen. Ein Schiedsvertrag sei also weder geschlossen noch anerkannt und somit seien die Vorbedingungen des § 154 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht erfüllt. Er beantrage daher, die Einrede des Beklagten zurückzuweisen und in die Verhandlung der Sache einzutreten.

Graf Hoensbroech:

Ehe er sich zu der Sache selbst äußere, wolle er nicht unterlassen, der in der gegnerischen Presse aufgetauchten Behauptung entgegenzutreten, als ob er den vorliegenden Streit vom Jaume gebrochen habe, um einen religiösen oder konfessionellen Standa herauszubekommen. Herr Dasbach habe angefangen, indem er die 2000 Gulden ausgelobt habe. Da er seiner Sache sicher sei, so habe er Dasbach gegenüber das weiteste Entgegenkommen bewiesen, es sei also falsch, wenn dieser jetzt die Sache so darstellen wolle, als ob er, Hoensbroech, in irgend einer Beziehung zurückgewichen sei. Ihm komme es nur auf ein unparteiisches Schiedsgericht an und deshalb habe er auch nicht glauben können, daß Dasbach sich an dem jüdischen Obmann stoßen würde. Denn in letzter Linie handle es sich doch in der vorliegenden Frage nicht um eine religiöse oder konfessionelle Streitfrage, sondern um eine solche, die der gesunde Menschenverstand zu entscheiden habe, um eine ethisch-literarische Frage.

Abg. Dasbach: Er müsse behaupten, daß gerade Graf Hoensbroech die Deffentlichkeit und die Presse zuerst mit diesen Dingen beehelligt habe und aus diesem Grunde habe er Veranlassung genommen, mit seinen Ablehnungsanträgen bis zur heutigen Verhandlung hinter dem Berge zu halten, damit es nicht wieder in der Presse heiße, er sei bemüht, die Sache zu verschleiern, während er in Wirklichkeit nur an dem von Anfang an geforderten Schiedsgericht festhalten wolle.

Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende sodann den Beschluß, daß das Gericht in die Verhandlung einzutreten beschließen habe.

Die Verhandlung wurde darauf auf 4 Uhr nachmittags vertagt. In der Nachmittags-Sitzung wurde sodann in die eigentliche Verhandlung eingetreten. Zunächst wiederholte Rechtsanwält Vettingen seinen Antrag auf Verurteilung Dasbachs, indem er eingehend darlegte, daß in tatsächlicher wie in rechtlicher Beziehung nachgewiesen erscheine, daß eine öffentliche Auslösung der 2000 Gulden erfolgt sei und daß Graf Hoensbroech, indem er sein bekanntes Wort zu der Frage verfahte, den geforderten Nachweis erbracht habe.

Rechtsanwalt Kneer wiederholt nur, daß der Gegner den Nachweis, der ihm obgelegen, nicht geführt habe und deshalb mit seinen Ansprüchen abzulehnen sei.

Nach einigen weiteren Auseinandersetzungen erklärt Abgeordneter Dasbach, daß er das Thema probandum in folgendem Wortlaut acceptiere: „Jede an sich sittlich verwerfliche Handlung ist dadurch, daß sie vollbracht wird, um als Mittel zur Erreichung eines guten Zweckes zu dienen, sittlich erlaubt.“ Er bestreite aber, daß auch nur in einem einzigen der vielen Citate, die Graf Hoensbroech beigebracht habe, der in vorstehendem enthaltene Grundsatz niedergeschrieben oder gelehrt worden sei.

Graf Hoensbroech: Demgegenüber bemerke er, daß dieser Grundsatz nicht immer wörtlich, wohl aber dem Geiste nach in all diesen Citaten enthalten sei und Dasbach habe ausdrücklich immer betont, daß es ihm ganz gleichgültig sei, in welcher Form der Satz an sich gelehrt worden sei.

Dasbach: Es genüge ihm nicht, daß dieser Satz virtualiter eingeschlossen, sondern daß er formell ausgesprochen sei. Diesen Beweis müsse er noch vor fordern.

Vor.: Diese Forderung erscheine ihm nicht recht begründet angesichts der Thatfache, daß Graf Hoensbroech sich doch bei seiner Beweisführung streng an den Wortlaut seiner, Dasbachs, Erklärungen gehalten habe. Er müsse endlich eine klipp und klare Antwort darüber erbiten, was denn dann eigentlich bewiesen werden solle, da das Gericht sonst genötigt sein würde, auch daraus seine Schlüsse zu ziehen.

Rechtsanwalt Kneer wiederholt, daß sein Klient nähere Erklärungen nicht abzugeben vermöge, bevor ein rechtskräftiges Urteil vorliege.

Der Vorsitzende verkündet darauf, daß das Gericht seine Entscheidung in acht Tagen fällen werde.

Aus Industrie und Handel.

Berliner Bank.

Nachdem schon gestern an der Börse der Kurs der Aktien der Berliner Bank um 2 Proz. zurückgegangen war, ist er heute wiederum um 3 Proz. gefallen, so daß er sich zum Schluß auf ca. 85 Proz.

stellte. Dieser Rückgang war zu erwarten. Viele der jetzigen Aktionäre haben damals, als die ersten Gerüchte über eine Verschmelzung der Berliner mit der Deutschen Bank in die Deffentlichkeit drangen, ihre Aktien nur gekauft, weil sie auf einen Gewinn bei der Fusion rechneten, also lediglich aus Spekulationsmotiven. Und da nun aus der Vereinigung nichts wird, suchen sie ihren Aktienbesitz möglichst schnell wieder abzustößen. So trat denn gestern wie heute ein starkes Angebot hervor, das selbstverständlich auf den Kursstand drückte. Dazu kommt, daß einigen Herren, vor allem Herrn Eugen Landau, der Ausgang des Handels sehr verächnpft hat. Sie hatten auf allerlei Nebenvorteile gerechnet — Herr Landau hätte z. B. als Provision 20 000 Mk. zu beanspruchen gehabt — und sind nun verstimmt, daß ihnen ihre „Verdienste“ aus der Nase gehen. Begreiflich, daß sie wie die Nohrspagen schimpfen und gegen den Kursfall nichts einzuwenden haben, sondern fröhlich beim Spiel mitwirken.

In eine günstigere Lage ist natürlich durch den Fusionshandel die Berliner Bank auch nicht geraten. Beide, die Kommerz- und Discontobank wie die Deutsche Bank, haben durch die Unterhandlungen einen genauen Einblick in die Bücher der Berliner Bank erlangt; sie haben nicht nur deren Geschäftslage, sondern auch deren Kundenkreis kennen gelernt und wissen jetzt, wie die schwache Seite der Berliner Bank beschaffen ist. Das ist für letztere höchst fatal und wird ihr noch manchen Seufzer abringen. Bekanntlich soll schon in letzter Zeit die Deutsche Bank bei verschiedenen früheren Kunden der Berliner Bank angefragt haben, ob sie nicht ihr Konto auf die Deutsche Bank übertragen möchten.

Von verschiedenen Seiten wird übrigens behauptet, daß die Vorgänge in der Generalversammlung der Berliner Bank nur eine Vertuschungskomödie gewesen sei und die Deutsche Bank schon vor einigen Tagen, nachdem sich deren Vertreter nochmals die Sache überlegt hatten, ihre Offerte zurückgezogen habe. Für diese Ansicht sprachen starke Gründe. Die Vorlesung der Uebernahme-Bedingung der Deutschen Bank gleich zu Beginn der Generalversammlung, wodurch direkt die nicht der Fusion geneigten Aktionäre der Berliner Bank zum Protest herausgefordert wurden; die Thatfache, daß plötzlich zwei Millionen Aktien weniger vertreten als angemeldet waren, die später unständliche Feststellung der Beschlusunsfähigkeit und so weiter: alles das läßt das Gerücht als höchst begründet erscheinen.

Zur Lage des deutschen Bergbaues. Das Gesamtpräge der Geschäftslage des Bergbaues ist sehr widerprüchvoll. Die Förderung steigt fortwährend. Auch im Monat April ergab sich wieder ein bedeutendes Plus gegen das Vorjahr. Die ersten vier Monate 1904 brachten in ganz Deutschland 39,7 Millionen Tonnen Steinlohlen, gegen 37,1 im korrespondierenden Zeitraum 1903 und 15,9 Millionen Tonnen Braunkohlen gegen 14,3. Indessen ergeben Stichproben eine gedrückte Lage in einzelnen Bezirken. So hat der Förderungsschritt im Königreich Sachsen sich verlangsamt, und aus dem Sächsischen Grunde (Revier Dresden) verlauten Nachrichten über Lohnreduktionen. Von den mitteldeutschen Braunkohlengruben sind zur Zeit nicht wenige genötigt, den Betrieb einzuschränken, da die Vorräte an Breitsi und Kohlpfeinheiten sich häufen. Die warme Witterung übt ihren Einfluß aus. Arbeitslosigkeit ist aber nicht zu verzeichnen, die betreffenden Arbeiter nehmen das langsamere Betriebstempo wahr zur Erledigung privater Landarbeit. Im Neuroder und Waldenburger Revier, ebenso in Obereschleien hat der schlechte Absatz zur Einlegung einzelner Feiertage genötigt, jedoch in bisher nicht erheblichem Maße. Auch im Ruhrkohlengebiet mußte eine Anzahl Zechen feiern, andererseits verfahren die Belegschaften aber wieder zahlreiche Ueberlächten. Es giebt Belegschaften, die über 30 und solche, die sogar über 40 Schichten im Monat verfahren!

Der Verband in der letzten Maiwoche ist durchschnittlich täglich 1000 Doppeltwaggons niedriger wie in der Vorwoche. Der Durchschnittsbestand der einzelnen großen Zechen ist im Mai bedeutend niedriger wie 1902/1903. J. B. verhandelt täglich Zollerwerb 351 D. B. (1902/1903: 351), Graf Bismarck 331 (380), Prosper 248 (280), Mont Cenis 166 (215), Schlängel und Eisen 248 (285), Konstantin 178 (203), Rheinelbe 269 (290) u. s. f. Mehr verhandeln u. a. Rennhül 433 (375), Wessende 144 (143), Glabbach 133 (01) u. s. f. Die Förderleistung beträgt zur Zeit 23 Prozent. Auch im Ruhrgebiet (Macken) ist der Beschäftigungsgrad nicht auf allen Zechen so intensiv wie früher. Gingeen bestietten die Saargruben ihre regelmäßig zunehmende Beschäftigung. Im anrenzenden Pinnet-Erzgebiet (Lothringen-Luzernburg) herrscht flatter Betrieb, während in Siegen-Rassau immer noch 30 Proz. der Erzförderung eingeschränkt ist. Die neuesten preussischen Belegschaftsziffern zeigen für das 1. Quartal 1904 im Steinlohlen-Bergbau gegen das gleiche Quartal des Vorjahres eine Zunahme von 23 2/10 Köpfen, im Braunkohlens-Bergbau aber eine Abnahme von 627. Es waren nämlich im Steinlohlen-Bergbau Arbeiter beschäftigt:

	1903, I. Quartal	1904, I. Quartal	
Oberb.-Bezirk Breslau	110 4679	11 450	
„ „ „ Halle	41	86	
„ „ „ Clausthal	3 648	3 649	
„ „ „ Dortmund	253 356	270 051	
„ „ „ Bonn	57 228	59 991	
	Summa	424 947	448 167

Zugewonnen hat auch die Belegschaft im mitteldeutschen Steinsalz- und Kalisalzbergbau. Dort waren im ersten Vierteljahr d. J. 6902 Arbeiter angelegt, 484 mehr wie vorjährig. In der Kali-Industrie leidet der Verband seit Wochen an Wagenmangel.

Wenn die Produkte der Bergwerksindustrie den erwünschten vollständigen Absatz finden sollen, so muß sich die Aufnahmefähigkeit des Marktes noch sehr bedeutend erhöhen. Auch die jetzt sehr forcierte Ausfuhr ist nicht im Stande, der enorm gesteigerten Produktivität der Werke zur vollen Ausnutzung zu verhelfen. Nur einige Kohlenforten sind stets übertragt, daher die Erscheinung, daß in ein und demselben Revier Feiertage und Ueberlächten nebeneinander vorkommen.

Berliner städtische Anleihe. Ein hiesiges Blatt berichtete kürzlich, daß eine neue städtische Anleihe von 60 Millionen Mark in Sicht sei. Eine Handelszeitung schrieb in diesen Tagen, daß ein Konfortium unter Führung der Dresdner Bank die Anleihe der Stadt Berlin im Betrage von 228 Millionen Mark zur öffentlichen Zeichnung auflegen werde und die Zulassung an der Börse nachgefragt habe. Diese Nachrichten sind sämtlich unzutreffend. Es ist weder eine neue Anleihe in Sicht, noch ist beabsichtigt, die Anleihe von 228 Millionen Mark zur Zeichnung aufzulegen. Die Zulassung an der Börse ist, wie bekannt, längst beantragt und ohne Prospekt schon vor einiger Zeit genehmigt worden.

Handelsbeziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Handel der nordamerikanischen Union ist seit 1881 in rascher Zunahme begriffen, so daß er bald den Handelsverkehr Großbritannien mit dem ostasiatischen Inselreiche weit hinter sich gelassen haben wird. Eine kürzlich erschienene Monographie des Departement of Commerce and Labor in Washington macht nähere Angaben darüber. 1881 betrug der amerikanische Export nach Japan im Werte von 1,8 Millionen Dollar erst 5,7 Proz. der gesamten Japanerinfuhr, 1902 dagegen 17,9 Proz. Gleichzeitig ist die Einfuhr Großbritannien nach 52,5 Proz. auf 18,5 Proz. gefallen. Eine ähnlich vorteilhafte Entwicklung hat die japanische Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten genommen: 1900 führte Japan insgesamt Waren im Werte von 104,3 Millionen Dollar aus, und davon entfielen auf die Vereinigten Staaten 26,8 Millionen; 1902 dagegen war die japanische Gesamtinfuhr auf 131,7 Millionen und der Anteil der Vereinigten Staaten auf 40,9 Millionen Dollar gewachsen. Japan liefert in der Hauptsache rohe Seide, außerdem Seidenprodukte, Thee, Mattenwerk und Reis nach der Union; diese wiederum giebt namentlich rohe Baumwolle und Petroleum an Japan ab.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 2. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhaus. Der Barbier von Sevilla.
Neues Opern-Theater. Der Bettelstudent.
Deutsches. Die verurteilte Glocke.
Berliner. Der jüngste Lieutenant.
Belfing. Rapfenreich.
Westen. Opern-Vorstellungen des Sternschen Konfervatoriums.
Belle-Alliance. Kam'rad Lehmann. Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Lumpacivagabundus.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Die Wäldte.
Neues. Peltas und Melissa.
Kleines. Nachtasyl.
Residenz. Die 300 Tage.
Trionon. Gefährliche Spiele.
Central. Die besähtigte Widder-Heimliche.
Carl Weiss. Die Bauerin am Stein.
Gehr. Herrnfeld. Gastspiel der Tegersee. Der Brochhandl.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Sylvio. Liebesgötter. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Landenkrahe 48/49. Um 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Jubiläumstheater. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-3.
Pelleas und Melisande.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Einen Lux will er sich machen.

Central-Theater.

Abends 8 Uhr zu ermäßigten Preisen:
Bekähtigte Widerspenstige.
Lustspiel in 4 Akten v. Schaefere.
Schauspieler: Paula Kir a. G.
Freitag und Sonnabend: **Raub der Sabinerinnen** mit Josefina Dora und Emil Richard als Gäste.

Belle-Alliance-Theater.

Zu Theater:
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Kam'rad Lehmann
mit Guido Thielscher in der Titelrolle.
Nachmittags im feinsten illuminierten Sommergarten:
Großes Max Schmidt-Konzert. Um 8 Uhr:
Große Spezialitäten-Vorstellung.
Miss Alex mit ihrer Automobil-Eisenbahn. — Entstellungen der Ecken-Kingämpfe. Sensationell!

Residenz-Theater.

Heute und folgende Tage:
Abends 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwan in 3 Akten von Paul Gessault und Robert Charvet.
Deutsch von Alfred Hoffmann.

Metropol-Theater.

Der größte Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Komödie in 5 Akten von Julius Freund.
Musik von Victor Hollender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

8 Uhr: Debat über den neuen Juni-Spezialitäten.
Lili Tiso, amer. Sängerin. X Mr. Alexander, Kunstschützer. X Miss Carola, Trapes. X Bourton u. Mayo, Redner. X Martin Kotner, Humorist. X Meisters Kosmograph, aktuelle Bilder vom Kriegeschauplatz.
9 1/2 Uhr:
Liebesgötter.

Bernhard Rose-Theater.

Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Heute: **Elitetag.**
Die Tochter des Heimkehrten
und
Paul Coradini
u. a. m.
Im Saale: **Großer Elite-Ball**
bei verhärteten Dreßförmern.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Entrée 30, moderaterer Maß 30 Pf.

Fröhels Allerlei-Theater.

Fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Großes Garten-Konzert.
Theater und Spezialitäten.
25 Nummern ersten Ranges.
Gr. Extrataz. Tanzleitung Hoppe.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf.
Familienkarten und Bonds sind gültig.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Freitagabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Zum erstmalig:
Ein unbeschriebenes Blatt.

Freie Volksbühne

Ordner-Sitzung: Sonnabend, den 11. Juni,
abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause. Das Erscheinen aller Ordner ist nötig.
Die alten Mitglieds-Karten sind nach Schluss der Vorstellungen in den Zahlstellen abzugeben mit der Erklärung bez. der weiteren Mitgliedschaft.
General-Versammlung:
Donnerstag, den 30. Juni 1904, in den Industrie-Festsaal, Bouthstrasse. Die Tagesordnung wird noch bekannt gemacht.
Sonntag, den 5. Juni, nachm. 2 1/2 Uhr:
14/15. Abteilung im Metropol-Theater:
Die Schmetterlingsschlacht.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Max Klem's Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeehäuser sind täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regelsbahnen, Barförmchen, Ständchen, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Neue Welt.

Hasenheide 108/114. Jeden Donnerstag: Arnold Scholz.
Elite-Tag!
Militär-Konzert.
Sensationell. Programm. Anf. 5 Uhr. Entr. 25 Pf.
Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Morgen und folgende Tage: Vorstellung.

Papier-Gewerbe-Ausstellung.

Jubiläums-Ausstellung
des Papier-Vereins Berlin und Provinz Brandenburg 1904
vom 2. bis 15. Juni im Ausstellungs-Gebäude
Berlin S. 14,
Luisenhof, Dresdener-Strasse 34-35.
Geöffnet: 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends.
(Heute Eröffnungstag 1-7 Uhr. [8/5]) Eintrittspreis 50 Pf.

Urania. Die Insel Rügen.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/52.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Die vielbewundernten
zusammengewachsenen
Schwestern
Rosa und Josefa:
!! einzig dastehend in
der Welt !!

Passage-Panoptikum.

Der phänomenale Riesenknabe:
Der lange Joseph,
16 Jahre alt, 217 cm hoch.
Aga, die schwabende Jungfrau.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtasyl.**

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags: 7 Uhr.

Verantw. Redakteur: Paul Böttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Gloke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Achtung! Central-Verband der Maurer Deutschlands. Achtung!

Zweigverein Berlin.
Donnerstag, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, finden für den Zweigverein Berlin
6 grosse Mitglieder-Versammlungen
in folgenden Lokalen statt:
Für Westen und Schöneberg:
Meiningerstr. 8 bei Obst.
Für Süd-West, Süden und Süd-Ost:
Admiralstr. 18, Märkischer Hof.
Für Ost I, Ost II und Nord-Ost:
Gr. Frankfurterstr. 117, Königshank.
Für Norden I u. II, Oranienb. Vorstadt, Wedding, Moabit:
Ackerstr. 6/7 bei Fiebig.
Für Rixdorf:
Bergstr. 151/152 bei Thiel.
Für Charlottenburg:
Im gr. Saal des Volkshauses.
Tages-Ordnung:
143/19*
Die Situation in unserem Gewerbe, und welche Mittel und Wege sind einzuschlagen, um bessere Zustände auf den Bauten herbeizuführen?
Mitgliedsbücher werden abgestempelt.
Der Zweigvereins-Vorstand.
A. E. Thöns.

Passage-Theater.

Anf. Sonntag 3, Wochentags 5 Uhr, Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Alfred Bender
Original-Humorist.
14 erstklassige Nummern.

Berliner Präfer-Theater.

Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Goldene Herzen.
Bantom: Im Nachtasyl.
Harris, Straßjungleur, The Jarroy. — Ulpis. — Langens.
Ball, Konzert, Spezialität.
Anfang 4 Uhr.
Entr. 30 Pf. Num. Pl. 50 Pf.

ZOOLOGISCHER GARTEN.

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Einstreit 1 W., ab 6 Uhr abends 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena:
Kantier-Schule.
Vorstellungen: tägl. 1/2 u. 7 Uhr.
Einstreit 30 Pf., Kinder d. Hälfte.

Victoria-Brauerei.

Eützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

WINTER GARTEN.

Neues Programm.
Mason u. Forbes, amerik. Excentrics
Clement Lion, Zauberkünster.
Lydia Dobranow, Feuerkünstlerin.
Professor Baboul, kom. Jongleur.
Pezinas drossierte Affen.
Gebrüder Schwarz, Parodisten.
Will Mora, Reckkünstler.
Heloise Titcomb, Sängerin.
Die 4 Milans, Kraftnummer.
Neiss-Familie, akrobatischer Akt.
Castor Watt, Verwandlungskünstler.
„Carnevalgeister“, Ballott.
Biograph.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Hill.
Brunnenstrasse 18.
Täglich:
X Theater und Spezialitäten. X
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr. Entrée 30 Pf. Kaffeehäuser von 3 Uhr ab geöffnet.
Donnerstag, Sonnabend u. Sonntag:
Großer Ball.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saal.

Gossmanns Konzert-Garten.

SW. Kreuzbergstr. 48
Jeden Freitag:
Harburger Sänger.
Jeden Sonntag:
Frei-Konzert und Ball.

Sanssouci.

Stollfischer Thor — Stat. der Hochbahn.
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Koch der Solter: Tanz.
Wochentags haben Vorzugskarten, auch die zu den Theaterabenden ausgegebenen, Gültigkeit.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Einsetzer. Achtung!
Donnerstag, den 2. Juni, abends präkise 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, großer Saal:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über den neuen Tarif. 2. Endgültige Beschlußfassung über denselben. 3. Berichtsbüro.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es dringende Pflicht eines jeden Kollegen, will er späteren Selbstharnwurfen entgegen, in dieser Versammlung bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Kein einziger darf fehlen.
Die Kommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3353.
Sonnabend, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Diete, Akerstrasse 123:
Versammlung
aller in der Metall- und Eisenindustrie beschäft. Hobler, Bohrer, Stösser und Fraiser.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Behrend. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Verhandlungsangelegenheiten.
Bühnenreich Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Holzbildhauer!

Donnerstag, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal VII:
Vertrauensmänner-Sitzung.
Jede Werkstatt hat einen Vertreter zu delegieren.
Die Agitationskommission.

Schweizer-Garten.

Am Königsther. Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Vollbesetzungen.
Im Saale: **BALL.**
Zum Schluß:
Ein falsches Lokal.
Große Orchestermusik mit Tanz.
Entrée 30 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Prinzenstr. 41.
Spezialarzt für **Haut- und Hornleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Dr. Simmel.

Spezialarzt für **Haut- und Hornleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Steppdecken.

Gelegenheitskauf.
Kattun, buntfarbig, 2,05
Wolltüll, alle Farben, 4,05
Similiseide, alle Farben, 6,00
Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00
Special-Haus **Emil Lefèvre.**
Berlin S., Oranienstrasse 158.

Düsseldorfer Lotterie.

zu Gunsten d. St. Rochus-Kirche.
Ziehung schon 4.-11. Juni
15.375 Gewinne i. W. v. Mk.
120 000
Lose à 2 M. — 11 St. 20 M.
(Porto u. Liste 30 Pf.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bankgeschäft,
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filialen:
NW, Wilschenerstrasse 63
O, Andrianstrasse 46a
SO, Oranienstrasse 177.

Verantw. Redakteur: Paul Böttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Gloke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Telegramm!

Die **Tuchfabrik-Niederlage**
Ross-Strasse 2 Berlin C., Koch & Seeland
 verkauft direkt an Private
Herren-Stoffe meterweise
 für Anzüge, Paletots usw., Kinderanzug-Stoffe 1,50 M. per Meter.
 Damentuche, Damenkostümstoffe 1,50 M. per Meter.
 Billardtuche. ♦ Pulttuche.

Stempel-Fabrik
 von 1870
Robert Hecht,
 Berlin S.,
 Cranienstr. 142,
 liefert schnell und
 billig alle Arten
Stempel
 in bester
 Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perlett“
 zum Zusammenziehen einzelner Wörter
 sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an.

Apollinaris
 KOHLENSAURES MINERALWASSER.
„EIN WELT TAFELGETRÄNK“
 (Kölnische Zeitung, 7^{ter} Okt., 1903).
 Jährliche Füllungen:
30 000 000 Flaschen und Krüge.

Fortuna lächelt noch!!!
Mariendorfer Hochbauterrain!
 200 Bauplätze von M. 3000.— an, prachtvoll geschnitten M. 3.—
 u. 4.— pro Quadratmeter netto Baugrund, zur Straße nichts
 mehr abzutreten.
 Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten
 vom Endpunkt der elektrischen Bahn Behrenstraße-Mariendorf.
 Verkäufer, auch Sonntags, von 3—8 Uhr auf dem Terrain.
 Eigentümer **A. Lowrek, Berlin,**
 Gneisenowstr. 52.
 2475

Grosse Freiburger
Dombau-Lotterie.
 Ziehung 6.—9. Juli 1904.
 Hauptpr. 100 000, 40 000,
 20 000, 10 000 usw. 5341 L.
Orig.-Lose 3. 30 Porto u.
 Liste 80 Pf.
J. Raehor, Haupt-
 Kollektour, Mainz.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17-18. Veteranenstrasse 1-2.

Voranzeige!
 Von Sonnabend, den 4. Juni ab veranstalten wir einen rationellen
Räumungsverkauf wegen Umbau u. Vergrößerung
 und schliessen an diesem Tage unser Geschäft wegen Vorbereitungsarbeiten
bis Nachmittag 5 Uhr.

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfennig. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Herrenuhren, Damenuhren, Ketten, Regulatoren, Freischwinger, Schmuckfäden, Trauringe, Spiegel, anerkannt spottbillig. Central-Handelsgesellschaft, Leipzigerstr. 19. 731*
Bekanntmachung. Sommerpaletots, Jacketts, Anzüge, Gardinen, Steppdecken spottbillig. Central-Handelsgesellschaft, Leipzigerstr. 19. 731*
Teppiche, Gardinen, Portieren, Tischdecken spottbillig. Leipzigerstr. 19. 719*
Betten, Steppdecken, Remontoluhren, Regulatoren, Ketten, spottbillig. Leipzigerstr. 19. 719*
Möbel, Spiegel, Bilder, spottbillig. Leipzigerstr. 19. 719*
Hochbornschneide-Apparate, Sommerpaletots, vorjährig, aus feinsten Stoffen, 18—25,00. Beim Heber 7—11. Täglich, auch Sonntag. Verkauf Deutsches Versandhaus, Nagerstr. 63, I. 22544*
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*
Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik. Blumenstr. 35 b. 21748*
Teppiche! (sehr billige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Dünn, Haderstr. Markt 4, Bahnhof Böse. 9322*
Fahrräder, Teilzahlungen, hundertfünftelzahlungen, Anzahlungen, 148 (Eingang Bergstr.) 1. 1719b
Photographie, Danks, Statuen, Klaviermusik, durch Umzug etwas beschädigt, zu halben Preisen. Marktstr. 19. 22938*
Teppiche mit Farbenfehlern Fabriknebenstraße Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*
Kanarienhöhne verkauft Brandt, Holzmarktstr. 61. 7129*
Kanarienhöhne (preisgefrüht) verkauft Kästl, Schöneberg, Bahnhofsstr. 43. 7114*
Kanarienhöhne, Vorläufer verkauft Krebs, Köpenickerstr. 154a.

Rähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte spottbillig. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. 7140*
1000 neue Rähmaschinen gebe an Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiff, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre volle Garantie. Belmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landsbergerstr. Alle Maschinen nehme in Zahlung. 22168*
Abseiner-Pumpen von 8 Mark an, Druckpumpen, Einzelteile, Filter, Erdbohrer umsonst leihweise. Bis 9 geöffnet. Hoff, Pumpenfabrik, Kiderstr. 113. 23158*
Steppdecken billigt Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*
Umweltiger Unternehmen wegen Verkauf ich mein Geschäft für 61 gelegenes Geschäft mit anschließender Fabrik und Hof, Belmannstr. 61. 23148*
Edelkaffee, 26 halbe Dutzend, 7—8 halbe Dutzend, Franzosenkaffee, sofort preiswert. M. 400 Postamt 28.
Grundstück, Restauration mit Badeanstalt wegen Todesfall verkauft billig. Schibolstr. Bernau. 16939*
Cigarren-Geschäft verläuftlich (400 Mark). Zu tragen Markt, Hagenauerstr. 5. 757*
Gewächser verkaufen vier Stüben Möbel, Polstermöbel, neu, auch einzeln, für Brautleute, Raumend billig. Stoves, Gardinen, Steppdecken, Bilder, schnell Köpenickerstr. 126a, I. 1719b
Rähmaschinen aller Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Fünf Jahre Garantie. Unterricht im Sticken, Stöpfen gratis. Postkarte genügt. Wienerstr. 6, Kiderstr. 113, Deutscherstr. 78.
Betten, hochfeine, 18,00, Mischel, Dresdenstr. 38. 17185*
Prachtvoller Teppich, gutes Bett einige Fenster Gardinen, Stores, Tischdecken, zwei elegante Steppdecken, Damastbezüge und andre Wäsche spottbillig. Hoffmann, Raunstr. 52.
Quadratmeter 6 Mark, neue Billenkolonie, Pfl. Weiden von Berlin, verkauft Schulz, Köpenickerstr. 12/13. 17135

Eiswind, Cylinderbureau, Kinderwagen verkauft billig Hausverwalter, Kiderstr. 35. 17206*
Vorjährige hochlegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen, 25 bis 40 Mark. Juristengelegte Anzüge, Paletots, Beinleider, Dapeloaks, Gummimäntel, Joppen werden für die Hälfte der bisherigen Preise verkauft. Verkaufsbüro Germania, Unter den Linden 21. 23238*
Sportwagen, Kinderwagen, Kinderbetten gebraucht, zurückgelehrt, spottbillig. Schneider, Kurfürstenstr. 172. 16995*
Gasparlöcher, 40 Prozent Erparnis, Gasplättchen, Bügelapparate, Brennzylinder, überbilligte Quelle. Schröder, Hochstr. 43. 17095*
Gasboilerhand! Einloch-Boiler 1, 0,80. Zweilochboiler 1, 2, Petrolboiler 1, 2. Zweilochboiler 2,00! Bügelapparate! Gasbeheizung! Waschpumpen! 1 1/2! Waschlauer, Wallner-Heberstr. 32. 1697b*
Abseinerpumpen 8,00, Sauger, Rohre, Gartenströmer, Gartenschläuche, gebrauchte Gummischläuche, einlöcher, Meter 0,50. Strahlrohre, Schlauchlängen, Rasenmäher spottbillig. Schröder, Hochstr. 43. 17085*
Gartenschläuche, gebrauchte, Gummischläuche, Meter 0,50, neue Gummischläuche, Paraffinschläuche, Spiralschläuche, Strahlrohre, Schlauchlängen, Rasenmäher spottbillig. Schröder, Hochstr. 43. 17085*
Saisonauventen in Jacketts, Capes, Kostümen, Kostümdressen, Blusen, Coupons zu sehr billigen Preisen. Brunnenstr. 4, 1 Treppe. 17035*
Türkopfabrik, fast neu, 55,00 verkauft Raunstr. 52, Leng. 1688b
Grünanstrichgeschäft verkaufe frankheitsvoller Grundbesitzerstr. 6.
Reihhaus Neue Schönhauserstr. 11 (kein Eckhaus) hat neuerdings (eine Lager wieder) so bedeutend vergrößert, daß ungefähr 1000 Fahrräder mehr belegen werden können. Bevorzugt werden Fahrräder nur bester Qualität! Brennabor, Epel, Wanderer, Adler, Barabara, Germania, Turandot, Dameräder jeder Marke, bestmögliche Erhaltung natürlich vorausgesetzt. Beheizung geschieht gegen geringfügigen Preis ohne jedwede Lagerkosten. Legitimation erforderlich. Rechnung erwünscht.

Ringelstischen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpenickerstr. 60/61, Brenzlauerstr. 89/90 und Große Frankfurterstr. 43. 798*
Kohlrösche (als Spezialität), eigne Anfertigung, von 3—30 Mark. Brunnenstr. 4, 1 Treppe. 17025*
Schlafsofa 20,00, Bettstelle, Matr. 15,00, wie neu, Palladenstr. 23, Tapezierer. 87*
Patentanwalt Dammann, Oranienstr. 57, Rorichplatz. Rat in Patentfällen. 1359b*
Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grönerweg vierundzwanzig. Langjähriger Prozessversteher, Gerichtsbescheid! Katerteilung! Eingabengehe. 16408*
Rechtsbureau Brunnenstr. 4, vierzig. Langjähriger Prozessversteher, Gerichtsbescheid! Katerteilung! Eingabengehe. 16395*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurze Str. 10/11. Gerichtsbescheid, Interventionen, Strafsachen, Eingabengehe. Katerteilung. 112/10*
Aufpolierung! Sofa 5,00, Matr. 4,00, auch aufrum. Dame. Bachmann, Blumenstr. 35 b. 21738*
Wohnungs-Reinigungs-Institut, Befreiung von Ungeziefer, Rüdprache kostenlos. Adressen: Distrikt Postamt 34. 7143*
Fahren vergibt Selbstgeher, distrikt. Liege, Polenerstr. 23, Köpenickerstr. 7116*
Bandwärmer mit Kopf, frisch in Spiritus eventuell Wasser, laufen a 2 Mark, Linnaea, Anwalderstr. 105.
Fahrräder kauft, beleiht Nagel, Schönhauser Allee 163a. 10839*
Bücher kauft, beleiht Antiquariat Köpenickerstr. 56, I. Ant. I. 8831*
Wernaus Saal und Garten, Schwedterstr. 23. Zu Sommerfesten auf das Beste zu empfehlen.*
Rechtsbureau 0,50 Katerteilungen, Eingabengehe, Befreiungen, Strafsachen, Befreiungen, Alimentenfällen, Zahlungsbefehle, Unfallfällen, Julius, Gasserstr. 51. 17116

Rechtsbureau, Katerteilungen, Unfallfällen, Scheidungen, Pfändungen, Beschl. Brunnenstr. 97.
Wahnsinnig! garantiert kein Chlor, Leibwäsche, Bettwäsche 0,10, vier Handtücher 0,10. Otto Baabe, Köpenickerstr. 22, Köpenickerstr. 22, Köpenickerstr. 22, Köpenickerstr. 22. 17129*
Wäsche wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet, großer Bezug 0,15, Kalen, Leibwäsche 0,10. Abholung Sonnabend. Emil Pantrath, Köpenickerstr. 22, Köpenickerstr. 22. 17055*
Die Beleidigung gegen den Dreher Emil Haderl nehme hierdurch zurück und erkläre denselben für einen unrichtigen Kollegen. Ernst Müller.
Vermietungen.
Schlafstellen.
Schlafstelle vermietet Herrn Göttsche, Köpenickerstr. 79, unter Seitenflügel I links. 771*
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Rollefänger-Gesellschaft Remondstr. 28, Beinhellstr. 28. 781*
Stellenangebote.
Zuschneider und Sattler auf Gürtel und Lederwaren sucht für dauernde Beschäftigung Heinrich Venz, Ritterstr. 45. 16906*
Tüchtige Rahmenmacher sofort. Bilderstr. 24. 1717b
Brunnenbauer, durchaus zuverlässig und nichtern, mit Holzarbeiten vertraut, gesucht. Wohnung schriftlich mit Lohnanprüchen. Köhne, Reudenstr. bei Potsdam, Schulstr. 1.
Küchenmädchen, tüchtige, selbständige Arbeiterin verlangt bei hohem Lohn. Köhne, Reudenstr. 97. 1721b
Rahmenmacher verlangt Gert, Nr. Hamburgerstr. 20. 17106*
Arbeiter auf Ledergeräten aufrum. Hause verlangen Gehr. Fleck, Köpenickerstr. 25. 1704b

Näherin auf Oberhemden verlangt Schulz, Köpenickerstr. 10. 17006*
Kartonarbeiterin verlangt Jahn, Alte Jakobstr. 88. 1671b
Im Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Seite.
Gold- und Politurleisten-Arbeiter 16965
 von tüchtiger Kraft u. Materialkenntnissen können dauernde Stellung bekommen. Anleitungen sehr ausführlich zu richten an Leistenfabrik „De Standard“ Charles de Gorter & Co., Amsterdam, 2de Oosterparkstraat 5 u. 7.
Tüchtige Schraubendreher suchen Falz & Kannenberg, Leipzig.
Färber, Wäscher gesucht. Neu-Weichensee, Langhausstr. 4.
Achtung! Achtung!
Leitergerüstbauer!
 Wegen vorliegender Differenzen bei der Firma Junst u. Co. (Hilsmann), Charlottenburg, ist laut Verabreichungsbeschluss Zugang nach dort freigeblieben fern zu halten. 67/20*
Die Sektionsleitung.
Achtung, Holzarbeiter!
 Zugang ist fern zu halten von Bautischlern u. Einsetzern nach Steglitz, Gross-Lichterfelde, Lankwitz u. Friedenau. In Schmargendorf: Bau Gortzig, Jaspotterstr. 15. In Steglitz: Bau Sebastian, Wilhelmsstr. 31 und 32. Zell & Hanke, Jort- u. Umbreitstr. 6. Fiedler, Linden u. Westmiedstr. 6. Bau Gortzig, Zimmermannstr. 20. Bau Stähr, Lichterfelde, Wanteuffelstr. Die Streifenleitung. Singer & Co., Berlin SW